

stand. Alles andere wäre ansonsten auch reine Apologie. Mitunter leiden allerdings auch politikwissenschaftliche Untersuchungen (etwa zur Parteienfrage) unter einer allzu großen Nähe zum Untersuchungsgegenstand. Dann bekommen politikwissenschaftliche Aussagen affirmative, lediglich systembestätigende Muster und wirken ähnlich ideologisch motiviert wie man dies in Zeiten des real existierenden Sozialismus an Lippenbekenntnissen von Wissenschaftlern des SED-Regimes in der DDR kannte.

Pluralität

Der Politik-Begriff in der Politikwissenschaft in Deutschland geht daher (wie auch in den übrigen Ländern der westlichen) Welt nicht zufällig von einem pluralistischen, im Prinzip kontroversen Meinungsbild zum Verständnis von Politik aus. Heterogen ist dieses Meinungsbild deshalb, weil sich auf der Basis von individuellen Interessen zwar gruppenspezifische Strukturen der Interessenwahrnehmung abbilden lassen, diese jedoch untereinander letztlich kontrovers bleiben, weshalb die Austragung von Konflikten zum Prinzip der demokratischen Ordnung gehört – immer unter der Voraussetzung, dass diese Konflikte nicht mit den Mitteln der Gewalt ausgefochten und entschieden werden (vgl. u.a. Saage 2005, Schmidt 2010).

Das bedeutet, dass ein demokratischer Politik-Begriff keinen abschließenden, rundherum gültigen Wahrheitsanspruch hat. Selbstverständlich gilt es für die Politikwissenschaft, wahrhafte Zustände im Sinne der Realität zu ermitteln und aufzuzeigen. Jedoch ist dieses Realitätsbewusstsein nicht zu verwechseln mit einem Glaubenskredo auf Wahrhaftigkeit. Insofern bleiben politikwissenschaftliche Aussagen über Zustände in der Politik relational, bezogen auf Zeit, Raum und die Akteure, um die es geht. Kritisch muss und darf hierbei immer in Rechnung gestellt werden, dass sich zu einem beliebigen Sachverhalt stets mehr als nur eine vernünftige Option in der Auslegung, in der Deutung, aber auch in der Erkenntnis der politischen Realität ergibt.

Aufklärung über Handlungsalternativen

Die Realität im Sinne der Handlungsmöglichkeiten und deren Folgen bleibt letztlich offen für Alternativen. Und davon gibt es mehr als nur eine. Wann und wo immer Politiker (wie etwa Gerhard Schröder als Bundeskanzler) behaupten und behauptet haben, dass es zu ihrer Politik keine Alternative gebe, ist es geradezu Aufgabe der Politikwissenschaft die Handlungsalternativen aufzuzeigen. Stets gibt es mindestens eine weitere Alternative, genau genommen sogar eine Mehrzahl von Varianten. Insofern die Politikwissenschaft kritisch auf vernünftige Alternativen zur offiziell formulierten Entscheidungslogik in der Politik hinweist, sei es bei den Parteien, den staatlichen Institutionen oder einzelnen Politikern, ist sie als demokratische Disziplin zugleich eine Aufklärungswissenschaft. Sie klärt auf über den Sinn und Unsinn in politischen Handlungen und verweist, das ist spezifisch ihr höchstes Gut, auf Optionen zur Verbesserung des Bestehenden.

Aufklärung über Politik kann gar nicht genug erfolgen, besonders in einer Zeit, in der die meisten Bürgerinnen und Bürger gerade auch in Demokratien

paradoxerweise weit vom politischen Geschehen entfernt sind. Die Beziehung zur Politik ist für viele Zeitgenossen in Deutschland oft nur rudimentär ausgebildet. Umfragen ergeben stets einen bemerkenswerten Mangel an Kenntnissen über die Wirkungs- und Funktionsweisen des politischen Systems. Der Politik-Begriff lässt sich auch nicht auf den Staat begrenzen, sondern beinhaltet im Grunde sämtliche Verhaltensweisen, welche Interaktionen zwischen Individuen und Gruppen im öffentlichen Raum betreffen. Insofern ist für das demokratische, politikwissenschaftliche Analysebild die Unterscheidung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit konstitutiv. Dies ist aber keineswegs juristisch, im Sinne einer staatsrechtlichen Terminologie, zu verstehen. Vielmehr ist politisch immer das, was für eine Mehrzahl von Menschen in der Öffentlichkeit von Interesse ist.

Die Herstellung in der Legitimation dessen, was im öffentlichen Interesse ist, stellt dabei selbst schon einen politischen Vorgang dar. Mechanismen in der Kommunikation des Öffentlichen, die Rolle der Medien, der Parteien und der Verbände umfassen das weite Feld funktionaler wie normativer Aspekte, in deren Rahmen sich Politik manifestiert. Es ist dann jeweils eine Frage nach den Zielsetzungen, mit denen sich politische Themen und Akteure gewichten und verstehen lassen.

Somit sind die Ziele von Politik kennzeichnend für das Politikverständnis selbst. Hierbei kann man analog zu den Bedeutungsinhalten auf eine Varianz hinsichtlich der Zielsetzungen verweisen. Auch wenn dabei unendlich viele Möglichkeiten adressiert werden können, lassen sich doch besonders für das demokratische Profil von Politik folgende zehn Faktoren als zentrale Ziele festmachen:

1. Ordnung
2. Sicherheit
3. Wohlstand
4. Frieden
5. Freiheit
6. Partizipation
7. Unterordnung
8. Durchsetzung von Recht
9. Machterlangung
10. Gerechtigkeit

Die Klassifizierung dieser Ziele darf man jedoch nicht im Sinne der Höherwertigkeit eines der Ziele vor den jeweils anderen verstehen. Zweifellos sind Parameter wie Gerechtigkeit, Freiheit und Partizipation elementar auf der Basis der Formulierung der Menschenrechte, die für das demokratische Politikprofil die anthropologischen wie hermeneutischen Voraussetzungen liefern. Doch zur Partizipation gehört ebenso die Unterordnung im Sinne einer

Der Mensch als poli-
tisches Lebewesen

Einordnung in das Gesamt der Regeln der demokratischen Politik. Deshalb ist die Durchsetzungsfähigkeit von Rechtsansprüchen konstitutiv für das pluralistische Politikverständnis. Der Rechtsstaat, die normative Einsicht und Akzeptanz, dass individuelle Freiheit zugleich auch die Verpflichtung zur Einhaltung und Bewahrung der Gesetze beinhaltet, gehört damit zu den Grundlagen der demokratischen Kultur. Diese ist bezogen auf den einzelnen Bürger, seine individuellen Möglichkeiten und Beschränkungen, Politik pur. Eben deshalb hat Aristoteles auch den Menschen als ein *zôon politikon* verstanden wissen wollen, als ein politisch denkendes und handelndes Lebewesen – in der bewussten Unterscheidung zur Tierwelt (vgl. Aristoteles 2006, dazu auch Höffe 2005: 620f.).

Bienen und Ameisen haben zwar auch eine Ordnung, wir sprechen dabei sogar von einem „Staat“, doch basiert diese Ordnung auf einem biologischen Determinismus, bei dem, nach allem, was wir wissen, die chemische Kodierung den Ausschlag gibt. Das bedeutet, dass die einzelne Ameise oder Biene gar nicht anders kann, als sich so zu verhalten, wie sie sich verhält. Eine Subjektivität stellt sich hier nicht ein, weil es keinen freien Willen zu einer Entscheidung gibt. In Unterscheidung zur Ordnung und Hierarchie in den Staaten der Tierwelt hat Aristoteles daher zu Recht den Staat der Menschenwelt, die Polis, als einen Akt der Ordnungskonzeption begriffen, bei dem die Vernunft des Menschen den Ausschlag dafür gibt, wie er sich hierbei verhält. Aufgrund der eigenen Mängelstruktur bedarf der Mensch einer Regelung von Handlungsabläufen unter seinesgleichen, bei denen im Austausch von Arbeitsleistungen wechselseitige Vorteile für die Beteiligten entstehen. Da die Koordination dieser sozialen Beziehungen zentral eine Ordnungsfrage ist, stellt sich für das Zusammenleben der Menschen die Politikfähigkeit fast zwangsläufig ein. In der bewussten Suche nach der richtigen oder besten Form des Zusammenlebens erfährt sich der Mensch als Vernunftwesen in seiner eigenen Qualität. Deshalb ist er ein politisches Lebewesen. Ohne die Politik, so die Botschaft seit Aristoteles, kann der Mensch als Gattungswesen nicht überleben.

Der moderne Politik-Begriff, wie er in der deutschen Politikwissenschaft ebenso wie in der anglo-amerikanischen *political science* verwendet wird, ist dieser Orientierung an dem antiken Ursprungsbild treu geblieben, auch (und gerade) wenn hier mittlerweile eine ganze Reihe von Verfeinerungen und Differenzierungen vorgenommen worden sind. Bestimmte normative Zuordnungen, wie sie Aristoteles vorausgesetzt hat, werden heute sicherlich nicht mehr unumstritten geteilt (vgl. dazu Kapitel VI), doch der Gebrauch in der Terminologie verweist auf Referenzbilder in der griechischen Antike.

Trias der
Politikebenen

Die Politikwissenschaft unterscheidet im Gegensatz zur herkömmlichen, d.h. umgangssprachlichen Verwendung von Politik drei unterschiedliche Bedeutungsebenen. Das sind im Einzelnen:

1. Polity
2. Policy
3. Politics

Die Polity gibt die Form an, innerhalb derer sich Politik abspielt oder abspielen soll, die Policy die jeweiligen Inhalte, und die Politics zeigen die Prozesse an (vgl. auch Hofmann/Dose/Wolf 2015, Pelinka/Varwick 2010, Naßmacher 2010).

Gegenüber dem üblichen Sprachgebrauch ist es also ein dreidimensionales Verständnis von Politik, mit dem die Politikwissenschaft operiert. Hinter dem Begriff der Polity verbirgt sich der griechische Ursprung von Polis und Politeia. Im Grunde ist die heutige anglierte Gebrauchsform ein Ergebnis der Übersetzung aus dem Hochmittelalter, als man aus der Polis in der lateinischen Sprache der Kleriker eine *politia* gemacht hat (vgl. Rubinstein 1987). Damit wird der formale Charakter von Politik angezeigt, d.h., es geht hierbei um Verfassungsfragen, um Normen und Institutionen. Die Verfassungen von Staaten (wie etwa das Grundgesetz) lassen sich unter dem Aspekt der Polity behandeln. Normative Grundfragen nach der Verfasstheit von Gesellschaften, vorrangig hier beispielsweise der Geltungsanspruch der Menschenrechte, gehören in diese Dimension. Aber auch Fragen nach der (richtigen) Relation von Religion und Politik, der Begründung von moralischen Werten sind zentral für die Polity. Grundsätzlich lässt sich diesem Rahmenverständnis alles zuordnen, was im weitesten Sinne zur Politischen Kultur eines Landes und einer Nation gehört (vgl. auch Nitschke 2010). Symbolhafte Handlungen, Einstellungsmuster von Wertüberzeugungen, Weltanschauungsfragen gehören in den Referenzrahmen der Polity. Die Polity ist damit das grundsätzlich Konstitutive für die Politik überhaupt. Ohne die entsprechenden Institutionen, welche normativ wie funktional die Alltagsabläufe prägen, lässt sich Politik gar nicht als eine spezifische Daseinsform des Menschen erkennen.

Polity

Bei der Frage nach den Institutionen, in denen sich Politik manifestiert bzw. die Politik umsetzen sollen, geht die Dimension der Polity allerdings auch schon merkbar in das Feld der Policy über. Der Begriffsursprung ist hier der Gleiche wie bei der Polity. Der griechische Referenzbegriff ist dann allerdings nicht mehr die Polis, sondern spezifischer die Politeia, die in der latinisierten Umsetzung über *politia* in der spätmittelalterlich-prämodernen Form der *Policy* die Inhalte von Politik anzeigt. Aus der Policy-Frage resultiert nicht nur thematisch eine Ordnung, die als Polizeiwissenschaft in der Prämoderne in Kontinentaleuropa für Verwaltungsfragen Standards gesetzt hat (vgl. Maier 1980), aus der sich dann wiederum sukzessive ein Verständnis für Polizei als rein exekutive Institution ergibt (vgl. Nitschke 1992), sondern eben auch die Erkenntnis, dass spezifische Materien einer jeweils spezifischen Politik bedürfen.

Policy

Politikfelder

In der Policy-Analyse geht es daher um die konkreten Themen, die Inhalte von Politik. In der deutschen Übersetzung von Politikfeld-Analyse wird deutlich, dass die Themen mitsamt ihren Akteuren jeweils einem ganz bestimmten Bereich zuzuordnen sind. Politik ist also hinsichtlich der Inhalte stets auch eine Frage nach dem Arbeitsfeld, in dem sich politische Aktionen manifestieren, ihre Akteure operieren. Vor dem Hintergrund der Verfassung (etwa des Grundgesetzes) als Polity, sind somit als Politikfelder die einzelnen Aufgabebereiche für Regierungshandeln anzuzeigen, z.B. die Gesundheitspolitik, die Bildungspolitik, die Innere Sicherheit, die Sozialpolitik etc.

Politics

Das lässt sich nicht immer sauber abgrenzen von der dritten Dimension der politikwissenschaftlichen Betrachtung, der Ebene der Politics. Die Übergänge sind hier, wie schon zwischen Polity und Policy, durchaus fließend. Politics müsste im Deutschen eigentlich mit Politiken übersetzt werden, tatsächlich ist es gerade jener Terminus, der umgangssprachlich meist für Politik eingesetzt wird, wenn von Politik die Rede ist. Die Frage nach den Akteuren in den diversen Politikfeldern führt zwangsläufig zur Frage nach der Bestimmbarkeit der Regeln, nach und mit denen diese Akteure in der Politik agieren. Vor allem wird dann relevant, welche Art von Logik die handelnden Akteure, Politiker, Verbändevertreter, Bürger(innen) für ihre Entscheidungsfindung ansetzen und umsetzen. Mit der Dimension von Politics wird daher der Prozess als solcher beschrieben und analysiert. Die Interessenlagen und -gegensätze spielen hier ebenso eine Rolle wie die Techniken der Macht, mit denen die jeweiligen Akteure ihre Ziele durchsetzen können oder eben damit scheitern. In den Politiken wird die Strukturfrage als jeweils konkrete Handlungsoption empirisch relevant. Die Psychologie der handelnden Akteure, ihre Diskurse sowie ihre faktischen Taten stehen in der politikwissenschaftlichen Bewertung hinsichtlich der Vernunftansprüche zur Disposition. Politik ist nie nur das, was sprachlich angezeigt wird, sondern vor allem das, was tatsächlich gemacht wird.

Empirische
Wissenschaft

Spätestens bei dieser dritten Dimension wird deutlich, dass die Politikwissenschaft nicht nur eine theoretische oder lediglich theoretisierende Disziplin ist, sondern im Kern eine Tatsachenwissenschaft. Sie orientiert sich bzw. hat sich zu orientieren an den Fakten, den Geschehnissen, um diese dann in einem allerdings nicht affirmativen Sinne zu dechiffrieren und zu analysieren. Der Bereich der empirischen Sozialforschung ist daher für die Politikwissenschaft so elementar (vgl. Häder 2015), weil ein Verständnis für Wirklichkeit nur über den Weg einer empirischen Beweiserhebung gewonnen bzw. kritisch gegenüber Dogmen reflektiert werden kann. Da nichts so beweglich, d.h. in Veränderung begriffen ist, wie die Wirklichkeitszustände in der Politik, sind somit die Methoden und Arbeitstechniken in der Politikwissenschaft dem nachhaltigen Aufspüren von sich permanent verändernden Bedingungen a) spezifisch – und werden b) prozessual angepasst (vgl. auch Simonis/Elbers 2010).